

Handbuch bieten, sondern eine erste Einführung. Trotzdem ist das Ziel verhältnismäßig hoch gesteckt. Es soll nicht nur die Geschichte der marxistisch-leninistischen Ideologie entworfen, sondern auch der „soziale Funktionswandel“ dieser Ideologie sichtbar gemacht werden. Der Leser erfährt, wie die sozialistischen Thesen Marxens und Lenins und Stalins entstanden sind, wie sie zu einem Regelsystem der politischen und sozialen Revolution, des ökonomischen Umsturzes und der Diktatur des Proletariates werden und sich in ihrer Verwirklichung geschichtlich auswirken, bzw. im Zusammenstoß mit den Tatsachen und nach den Bedürfnissen der Macht abgewandelt werden. Die sowjetische Weltanschauung ist nach dem Verf. bei Stalin sozusagen erstarrt und dogmatisiert worden. Da nun, wenigstens angeblich, jetzt nach dem Tode des Diktators, diese Dogmatisierung gelockert worden und die ursprünglich marxistisch-leninistische Lehre wieder Leitfaden geworden sein soll, so verweilen wir hauptsächlich bei Marx und Lenin. Der erste Teil: „Von Hegel zu Marx“ und der zweite: „Vom Marxismus zum Leninismus“ sind in ihrem formalen Aufbau nicht ganz gleichartig.

Der erste Teil beginnt mit der Anthropologie. Zuerst derjenigen Hegels. Marx knüpft an die Hegelsche Idee vom Menschen an, sieht diesen aber konkreter, enger an den Stoff gebunden als ein sich durch Arbeit produzierendes Wesen, wobei die Arbeit keine einseitig geistige, sondern allseitig ist. Der Mensch muß im Erzeugnis seiner Arbeit zu sich kommen, das kann er aber nicht, wenn dieses Erzeugnis im Griff einer fremden Macht ist — kurz, wenn Produktionswerkzeug und Produkt Privatbesitz der Kapitalisten sind. Der Klassenkampf gegen die Kapitalisten wäre demnach ein metaphysisch-anthropologisches Postulat. An diese Anthropologie schließt sich logisch die Geschichtsphilosophie Marxens an. Mit der Machtergreifung durch das Proletariat wird die Geschichte des Klassenkampfes beendet. Das geschichtsphilosophische Hauptprinzip leuchtet nunmehr von selbst ein: die bestimmenden historischen Kräfte sind sozial-wirtschaftlicher Natur; das Politische und Ideelle sind nur Überbau.

Marx war indes ein vielseitiger Denker. Da seine Philosophie von der damaligen wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter her überhaupt erst entzündet wurde, so ist seine Wirtschaftslehre oder politische Ökonomie nicht etwa nur eine logische Anwendung und Weiterbildung seiner Anthropologie und Geschichtsdeutung, sondern ein ursprünglicher Pfeiler seines ganzen sozialistischen Systems.

Die Darstellung der Leninschen Theorie beginnt, anders als bei der Behandlung von Marx, nicht mit der Anthropologie oder der

Geschichtsphilosophie, sondern mit einem Exkurs über den Kapitalismus, seine Entwicklung und seine Folgen in der Weltwirtschaft und Weltpolitik. An zweiter Stelle folgt dann die „Strategie und Taktik der Revolution in Rußland“. Also ebenfalls ein mehr praktisches Thema. Erst zuletzt kommt der Verf. zu Lenins Weiterbehandlung des dialektischen Materialismus, die aber nur kurz besprochen wird.

Aus der Kritik, die Fettscher am Marxismus-Leninismus übt, möchte ich nur einige Punkte herausheben.

I. Zu Marx: Fettscher glaubt, daß der Gedanke „einer Abhängigkeit des politisch-ideellen Überbaues von der sozial-ökonomischen Basis dem Geschichtsforscher gute Dienste leisten“ könne. „Zum Dogma verhärtet ist er ebenso einseitig und falsch wie der umgekehrte Idealismus“. Die Marxsche Wirtschaftslehre (Politökonomie) wird zwar auch einer Prüfung unterzogen, doch ist die Kritik an der Mehrwerttheorie dürfsig ausgefallen.

II. Zu Lenin: Das „richtige Selbstbewußtsein des Proletariats“ wird von der intellektuellen Führungsschicht geschaffen, um es dann dem empirisch vorgefundenen Proletariat einzupfen. Also strenge Parteidoktrin. Die kommunistische Partei hat sich nicht nach den Wünschen des konkreten Proletariats zu richten, sie weiß von sich aus, was das Anliegen und der eigentliche Wille, der „objektiv richtige“ Wille der Proletarierklasse will. Daher sind, streng genommen, keine demokratischen Wahlen nötig. Wahlen sind bloß Gradmesser „der Reife der Arbeiterklasse“, die Gradmesser dafür, ob das empirische Proletariat die bolschewistischen Pläne und Ideen schon hinreichend verstanden hat oder noch kräftiger geschult werden muß.

Die Theorie der Klassenbündnisse. Ein Bündnis ist stets rein taktisch und beruht niemals auf einem wechselseitigen Entgegenkommen. Der Bundesgenosse (z.B. Volksfront, Nenni, Bauern, asiatische Nationalisten) ist nur Mittel zum eigenen Zweck. Dabei rechnen die Kommunisten, bislang erfolgreich, mit der Vergesslichkeit und Dummheit der anderen. G. F. Klenk SJ

*Goguel, François:* Das französische Regierungssystem. Übersetzt und mit einem Vorwort versehen von Dr. Gilbert Ziebura. 1. Halbband: Leitfaden (107 S.) 2. Halbband: Quellenbuch (185 S.). Aus der Sammlung „Die Wissenschaft von der Politik“ 3. Bd., Köln und Opladen 1957, Westdeutscher Verlag. Kartoniert zusammen DM 11,50.

Wir haben uns bisher mit unserem westlichen Nachbarn zu wenig Mühe gegeben. So sagt uns mit Recht Ziebura im Vorwort über das deutsch-französische Verhältnis. Es gab z. B. bis heute keine wissenschaftlich

zuverlässige Darstellung des französischen Regierungssystems in deutscher Sprache. Die Übersetzung der Arbeit von François Goguel „wird diesem Mangel aufs erste abhelfen“.

Die Franzosen sind nicht obrigkeitströmisch. Der Anfang des inneren Gegensatzes im Volke gegen die Regierung begann bereits im 17. Jahrhundert, als der königliche Absolutismus und Zentralismus die lokalen Verwaltungsorgane entmachtete. Er steigerte sich im 18. und 19. Jahrhundert, wo die Revolution und Napoleon die Zentralisierung verstärkten. Man widersetzte sich der Regierung einerseits — andererseits jedoch gewöhnte man sich daran, daß alles den Staat leisten sollte.

Diese Stimmung war später nicht nur im Volke, sondern auch im Parlament, und sie wirkte noch nach, als längst den Rechten der Regierung genaue verfassungsrechtliche Grenzen gezogen waren.

Die III. Republik. Das Wahlsystem der III. Republik war Mehrheitswahl mit Stichwahl. Der Verf. ist nicht der Meinung, daß dieses System gut gewesen sei. Überhaupt war das ganze politische Gerüst oder die Staatsverfassung für ein reibungsloses Arbeiten der Regierung ungünstig. Zwei Dinge wären nötig gewesen, ein Funktionieren der Demokratie zu sichern: 1. Daß die Regierung zur Stärkung ihrer Autorität das Recht hat, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. 2. Daß ein System herausgebildet wird, das für eine nicht zu große Zahl festgefügter und disziplinierter Parteien sorgt. Nr. 1 geriet durch den Mißbrauch des Präsidenten der Republik Mac-Mahon 1877 in Mißkredit. Nr. 2 gab es überhaupt nicht. Daher die Schwierigkeiten der III. Republik. Einen gewissen Vorteil bot ihr allerdings die zweite Kammer, der Senat, weil er mehr konservativ dachte und auf Ausgleich der Gegensätze ausging. Trotzdem blieb es wahr, daß die meisten Regierungskabinette mehr Anstrengung darauf verwenden mußten zu dauern als zu handeln.

Die IV. Republik. Die IV. Republik suchte ihre Institutionen zu verbessern. Die Mehrheitswahl wird (merkwürdigerweise) als den Individualismus und die Zersplitterung fördernd abgeschafft. Durch eine allerdings sehr modifizierte Verhältniswahl soll das Ansehen der Partei gestärkt und die Bildung disziplinierter Parteidräger gefördert werden. Das Zweikammersystem wird in veränderter Form beibehalten (die 2. Kammer heißt nunmehr Rat der Republik).

Sehr aufschlußreich ist der Überblick über die Organisation und die Arbeit der gesetzgebenden Gewalt. Man hat alles so einrichten wollen, daß die Nachteile der III. Republik vermieden würden. Es ist nicht gelungen; trotz der Arbeit der Ausschüsse und der Hilfe durch einen beigeordneten

Wirtschaftsrat funktioniert das Parlament nicht, wie es die Situation erforderte. Auch der Gegensatz zur ausführenden Gewalt (Exekutive) blieb bestehen. Allerdings hat die exekutive Gewalt gegenüber der III. Republik einige Veränderungen erfahren. U. a. waren die Zuständigkeiten des Ministerpräsidenten und des Staatspräsidenten neu verteilt worden. Aber die Stellung des Kabinetts gegenüber dem Parlament und dem politischen Spiel der Parteien ist trotz guter Ansätze in der neuen Verfassung unbefriedigend geblieben. Die Stärkung der Regierungsautorität trat nicht ein. Weder die Investitur des Ministerpräsidenten durch die absolute Mehrheit der Abgeordneten noch das Recht der Regierung, gegebenenfalls das Parlament aufzulösen, konnten sich in der Praxis durchsetzen.

So ist der Ruf nach einer Verfassungsreform sehr verbreitet, zumal auch die Probleme der „Französischen Union“, d. h. des ehemaligen französischen Imperiums in Übersee täglich größer werden. „Die Republik regiert schlecht, ließ Anatole France um 1900 eine Romanfigur sagen, aber ich verzeihe ihr, daß sie schlecht regiert, weil sie wenig regiert“ (103). Diese Haltung war 1900 noch möglich, heute nicht mehr. Wirtschaftliche, soziale, innen- und außenpolitische Entwicklungen fordern eine kraftvolle, zielbewußte Staatsführung. Also eine neue Verfassung. Aber diese allein würde auch nicht genügen und gar nicht erreicht werden, wenn nicht sowohl die Parteien als auch die Wählerschaft von einem neuen Geist erfüllt würden.

Was Goguel-Ziebura hier in zwei knappen Halbbänden bieten, ist bei der behandelten Stofffülle fast zu gedrängt. Diese oder jene Tabelle oder Statistik, dieser oder jener Teil aus dem Abriß der Institutionen wird manchem Leser schwer verständlich sein. Trotzdem begrüßen wir diese Neuerscheinung als einen wertvollen Anfang.

Für den deutschen Leser mag man heute besonders auf den Glauben Frankreichs an ein Fortbestehen seines ehemaligen Imperiums in Form einer Föderation hinweisen. Genau so wie in England erzeugt dieser Commonwealth-Gedanke auch in Frankreich bei vielen Vorbehalten gegenüber Europa (vgl. dazu „Esprit“ v. Dez. 1957, S. 813ff.). Wir werden gut tun, von diesem Glauben Kenntnis zu nehmen, so sehr auch die augenblickliche Situation, z. B. in Algerien, dagegen zu sprechen scheint.

G. F. Klenk SJ

*Ben-Gavriél, M. Y.: Israel. Wiedergeburt eines Staates.* (94 Seiten) München 1957, R. Oldenbourg. Kart. DM 3,20.

Es war sehr zweckmäßig vom Verlag, einen israelischen Bürger als Berichterstatter über den neuen Staat Israel zu gewinnen. Der Schriftsteller Ben-Gavriél unterrichtet den